

Erbprinz regt an, **Rentenalter** an Lebenserwartung zu koppeln

Landtagseröffnung Erbprinz Alois kritisierte in seiner Thronrede die Ausgabenpolitik des Landtags im vergangenen Jahr, die kaum Mehrwert für die Zukunft gebracht hätte. Zur Sicherung der **AHV** wünscht er sich eine andere Herangehensweise.

VON DANIELA FRITZ

Der Ausgabenpolitik des Landtags im vergangenen Jahr stellte Erbprinz Alois in seiner 16. Thronrede anlässlich der gestrigen Landtagseröffnung kein gutes Zeugnis aus: «Die vom Landtag im vergangenen Jahr beschlossenen Erhöhungen der laufenden Ausgaben waren kaum mit hohem Mehrwert für die Zukunft verbunden und haben den Spielraum bereits reduziert», fand er deutliche Worte.

Anlässlich des bevorstehenden Wahlkampfs riet er von «unverantwortlichen Wahlgeschenken» ab. Der Erbprinz regte vielmehr ein Kostendach für die laufenden Staatsausgaben an. Stattdessen sollte die Politik das Geld vielmehr dort investieren, wo es einen Mehrwert für die Zukunft hat. Das geschäftsführende Staatsoberhaupt nennt hier einmal mehr den Bildungsbereich, eine nachhaltige Pflegefinanzierung sowie Verbesserungen in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, damit Eltern ihre Kinder im ersten Lebensjahr selbst betreuen können. Sofern Investitionen das System verbessern und keine laufenden Kosten mit sich bringen, könnte sich Erbprinz Alois auch vorstellen, dafür Landesreserven einzusetzen. Immerhin sitzt der Staat auf fast zwei Milliarden Franken.

Höherer Staatsbeitrag nicht sinnvoll

Für die Zukunft gesichert werden, muss auch die **AHV**. Laut dem im Dezember veröffentlichten Versicherungstechnischen Gutachten braucht es Massnahmen, um die Reserven der **AHV** langfristig zu halten. Der Landtag wird sich damit im März näher beschäftigen, die Regie-



Von Zweckbindungen oder einer Erhöhung des Staatsbeitrages zur Sicherung der **AHV** hält Erbprinz Alois nichts. (Foto: MZ)

runge muss anschliessend innerhalb eines Jahres konkrete Massnahmen vorlegen (das «Volksblatt» berichtete). Erbprinz Alois befürchtet, dass es zu einer Erhöhung des Staatsbeitrages an die **AHV** kommen könnte. Dies hält er jedoch nicht für einen sinnvollen Einsatz von Steuermitteln. «Einerseits sind die Staatsbeiträge für die **AHV** mit einem erheblichen Export an Steuermitteln verbunden und andererseits sollten wir vor allem die Auswirkungen einer steigenden Lebenserwartung primär durch längere Beitragszeiten beziehungsweise ein höheres **Pensi-**

onsalter und nicht durch mehr Steuern oder Lohnnebenkosten ausgleichen», fordert der Erbprinz. Er schlägt eine Regelung vor, wonach sich das **Pensionseintrittsalter** automatisch an die Lebenserwartung anpasst.

Von Zweckbindungen, wie etwa die von der VU vorgeschlagene Verwendung der Geldspielabgabe für die **AHV**, hält der Erbprinz dagegen wenig. Solche Zweckbindungen seien bürokratisch und würden über kurz oder lang zu einer Unter- oder Überfinanzierung führen, was den Handlungsspielraum des Staates

einschränke. «Anstatt neue Zweckbindungen einzuführen, sollten wir daher noch vorhandene Zweckbindungen beseitigen», empfiehlt der Erbprinz.

Albert Frick wiedergewählt

Wie auch der Erbprinz hofft auch der in seinem Amt bestätigte Landtagspräsident Albert Frick, dass die politische Arbeit trotz bevorstehendem Wahlkampf nicht in den Hintergrund tritt: «Politik genießt mehr Vertrauen, wenn sie nicht primär als Parteipolitik wahrgenommen wird.»

Erbprinz mahnt zur Haushaltsdisziplin und zu sinnvollen Investitionen, wo nötig

Zukunftsgerichtet Erbprinz Alois erinnerte die Politik bei der gestrigen Landtagseröffnung daran, auch in Wahlkampfzeiten ein Auge auf die Staatsausgaben zu haben. Statt laufende Ausgaben zu erhöhen, sollten die Staatsreserven besser gezielt eingesetzt werden. Nachstehend die Thronrede im Wortlaut.

«**S**ehr geehrte Landtagsabgeordnete und Regierungsmitglieder, in genau einer Woche geht das 300-Jahr-Jubiläum zu Ende. In den letzten Monaten haben wir immer wieder mit Dankbarkeit auf die Entwicklung unseres Landes zurückgeblüht. Heute dürfen wir dies auch auf das vergangene Jahr tun. Auch 2019 ist es uns gut gegangen und die Staatseinnahmen für dieses Jahr werden besonders hoch ausfallen.

In rund einem Jahr ist das Ende der Legislaturperiode und schon bald beginnt der Wahlkampf. Hohe Staatseinnahmen in Wahlkampfzeiten können zu unverantwortlichen Wahlgeschenken verführen, die ein problematisches Ausweiten der Staatsausgaben verursachen. Ich bitte Sie, in dieser Zeit nicht von unserer bewährten Haushaltsdisziplin abzurücken, auch weil unser Staatshaushalt wesentlich volatil und stärker von internationalen Faktoren beeinflusst ist als jener der meisten anderen Staaten:

- Durch die starke Exportorientierung unserer Industrie und die relative Grösse des Finanzplatzes sind wir gegenüber negativen Entwicklungen in den wichtigsten Zielmärkten besonders exponiert.

- Der Anteil der Staatseinnahmen aus dem Finanzvermögen ist dank der Höhe unserer Staatsreserven ausgesprochen gross, damit jedoch auch die Abhängigkeit von den internationalen Börsen und sonstigen Märkten.

- Unser vor weniger als zehn Jahren revidiertes Steuersystem stellt bei der Unternehmensbesteuerung stärker auf die Gewinne ab als das frühere System. Diese Einnahmen sind innerhalb der Konjunkturzyklen daher heute grösseren Schwankungen unterworfen als früher.

- Die bedeutende Mehrwertsteuer kann bei uns wegen Sondereffekten sowie unterschiedlichen Entwicklungen der liechtensteinischen und Schweizer Wirtschaft ebenfalls erheblich schwanken.

- Die Stempelsteuer ist aufgrund von Reformplänen in der Schweiz gefährdet.

- Hinzu kommen OECD-Pläne für neue Regelungen der Besteuerung von internationalen Unternehmen, die zu weiteren Einbußen bei den Steuereinnahmen führen könnten.

Sicherung der AHV

Da das versicherungstechnische Gutachten für die AHV zusätzlichen Finanzierungsbedarf festgestellt hat, könnte es ausserdem zu einer Erhöhung des Staatsbeitrages für die AHV kommen, obwohl dies meiner Ansicht nach kein sinnvoller Einsatz von Steuermitteln ist. Einerseits sind die Staatsbeiträge für die AHV mit einem erheblichen Export an Steuermitteln verbunden und andererseits sollten wir vor allem die Auswirkungen einer steigenden Lebenserwartung primär durch längere Beitragszeiten beziehungsweise ein höheres Pensionsalter und nicht durch mehr Steuern oder höhere Lohnnebenkosten ausgleichen. Bei immer weiter zunehmenden Beitragserhöhungen verlieren wir ansonsten längerfristig für die Versicherten die Generationengerechtigkeit und für die

«Wir sollten eine Regelung prüfen, wonach sich das Pensionseintrittsalter automatisch an die Lebenserwartung anpasst.»

gleich aber eine kleinere Herausforderung, solange der Anteil der Grenzgänger die geburtschwächeren Jahrgänge weiterhin kompensiert. Allerdings bauen sich in der AHV immer grössere Verpflichtungen gegenüber den Grenzgängern auf. Um die finanziellen Schwierigkeiten bei einem wirtschaftlichen Abschwung mit einem Rückgang an Grenzgängern zu vermeiden, erscheint es

sinnvoll, jeweils eine ausreichende Kapitaldeckung für die AHV-Vereinigungen auch gegenüber den Grenzgängern zu haben. Ansonsten kann die AHV einmal zu einer grossen finanziellen Belastung für die liechtensteinische Bevölkerung werden.

Staatsreserven für Zukunft einsetzen

Wie auch immer wir die Finanzierung der AHV lösen, wir sollten weiterhin achtsam mit den Staatsausgaben umgehen sowie Erhöhungen der Staatsausgaben genau überlegen. Ich würde es daher sehr begrüßen, wenn die Koalitionspartner nach dem Investitionspaket im vergangenen Jahr sich in diesem Jahr auf ein weiteres Paket von Zukunftsinvestitionen einigen könnten. Dazu wären neben Investitionen im Infrastrukturbereich für den Bereich der laufenden Staatsausgaben ein Kostendach und eine Priorisierung auf jene Ausgaben wünschenswert, die hohen Mehrwert für die Zukunft und damit weitere Verbesserungen für das Staatswesen bringen. Solche Ausgaben sehe ich insbesondere im Bildungsbereich, in einer nachhaltigen Pflegefinanzierung und in einer zusätzli-

chen Unterstützung für Eltern mit dem Ziel, die Betreuung ihrer Kinder im ersten Lebensjahr selbst wahrnehmen zu können. Dort, wo wir in die Zukunft investieren, ohne laufende Kosten zu erhöhen, könnte auch ein Einsatz von Staatsreserven geprüft werden. Dies halte ich vor allem bei grossen Investitionen im Bereich der Verkehrsinfrastruktur und bei einem allfälligen Einkauf von Übergangsgenerationen in eine Pflegeversicherung für überlegenswert, wenn dies zu Systemverbesserungen führt. Die vom Landtag im vergangenen Jahr beschlossenen Erhöhungen der laufenden Ausgaben waren kaum mit hohem Mehrwert für die Zukunft verbunden und haben den

«Die vom Landtag im vergangenen Jahr beschlossenen Erhöhungen der laufenden Ausgaben waren kaum mit hohem Mehrwert für die Zukunft verbunden.»

Landtag und Gemeinden und die damit verbundenen Kosten in den letzten Jahren sehr unterschiedlich entwickelt haben, spricht einiges

dafür, dass der Finanzausgleich zu Lasten einiger sehr grosszügig ausgestatteter Gemeinden beziehungsweise zugunsten des Landes sowie finanzschwacher Gemeinden überarbeitet wird.

Finanzausgleich reformieren

Eine Reform des Finanzausgleiches ist im letzten Jahr nicht zuletzt deswegen gescheitert, weil eine Zweckbindung der zusätzlichen Einnahmen auf Landesseite verlangt wurde. Ich bedaure dies, auch weil ich Zweckbindungen von Staatseinnahmen generell für problematisch erachte. Zweckbindungen sind mit unötigem bürokratischem Aufwand verbunden, führen mit der Zeit entweder zu einer Unter- oder Überfinanzierung und schränken damit den Handlungsspielraum des Staates ein. Anstatt neue Zweckbindungen einzuführen, sollten wir daher noch vorhandene Zweckbindungen beseitigen.

Die Politik benötigt ausserdem keine Zweckbindung, um einen vernünftigen Einsatz jener zusätzlichen Steuermittel auf Landesseite sicherzustellen, die eine Reform des Finanzausgleiches mit sich bringen würde. Dies kann auch dadurch erreicht werden, dass eine Reform des Finanzausgleiches mit dem zuvor skizzierten, weiteren Paket an Zukunftsinvestitionen verbunden und für jene Ausgaben verwendet wird, die als prioritär identifiziert wurden.

In diesem letzten Jahr der Legislaturperiode werden die Parteien auch wieder Kandidatinnen und Kandidaten für die Landtagswahl suchen. Ein Mangel in der Zusammensetzung unseres Landtags ist die stark ausgeprägte Untervertretung der Frauen. Die Gemeindewahlen haben gezeigt, dass grosse Fortschritte möglich sind. Mit Ihren Erfahrungen im Landtag und in der Regierung können Sie vielleicht am besten möglichst viele Frauen ermutigen, sich als Kandidatinnen zur Verfügung zu stellen.

Aber es fehlt oft nicht nur an der Bereitschaft qualifizierter Frauen, ein Amt in der Politik anzunehmen, sondern auch bei den Männern wird es zunehmend schwieriger. Hohes berufliches Engagement und die heutzutage stärkere Einbindung des Mannes in die Kindererziehung verringern die für ein politisches Amt verfügbare Zeit. Demotivierend wirken zudem ein harscher Umgangston und persönliche Herabwürdigungen, insbesondere in den Sozialen Netzwerken. Wir sind eine kleine Gemeinschaft und müssen besonders darauf achten, dass wir die politische Auseinandersetzung als einen Wettbewerb um die besseren Ideen verstehen und Argumente sachlich austauschen. Eine gewisse Emotionalität ist mit politischen Auseinandersetzungen immer verbunden, aber Hass ist fehl am Platz. Auch in dieser Hinsicht können Sie mit Ihrem Vorbild Kandidaturen für

Landtag und Regierung erleichtern. Sehr geehrte Landtagsabgeordnete und Regierungsmitglieder, lasst uns das letzte Jahr dieser Legislaturperiode für mutige Schritte in unser aller langfristigen Interesse nutzen. Dazu wünsche ich uns allen viel Kraft, Weisheit und Gottes Segen!



Die Politik soll mit dem Steuergeld sorgsam umgehen, so Erbprinz Alois in seiner 16. Thronrede. Das sei im vergangenen Jahr nicht immer der Fall gewesen. Dort, wo Systemverbesserungen ohne Erhöhung der laufenden Kosten möglich sind, könnte er sich aber durchaus vorstellen, Staatsreserven einzusetzen. (Foto: Michael Zanghellini)

Nachgefragt

Wie hat Ihnen die Thronrede gefallen?



«Die Finanzierung der **AHV** war einer der wichtigsten Punkte, die der Erbprinz ansprach. Mich persönlich hat es aber auch gefreut, dass er bezüglich zu weniger Frauen im Landtag Handlungsbedarf sieht. Ich hoffe, dass wir bei den nächsten Wahlen – wie schon bei den Gemeindevahlen – einen Aufschwung erleben.»

GUNILLA MARXER-KRANZ
LANDTAGSVIZEPRÄSIDENTIN



«Ich freue mich, dass der Erbprinz die Problematik der **AHV** mit den Grenzgängern sowie die hohen Verpflichtungen genannt hat: Ein Thema, dass von uns DpL schon länger bearbeitet wird.»

THOMAS REHAK
NF-ABGEORDNETER



«Die Rede gefiel mir gut. Nicht nur hat der Erbprinz die finanzpolitische Stabilität angesprochen und zur Vorsicht gemahnt – auch bin ich mit ihm eins, dass beim Finanzausgleich etwas gehen muss, obschon ich hier eher den horizontalen Ausgleich bevorzuge.»

ALEXANDER BATLINER
FBP-ABGEORDNETER



«Der Erbprinz sprach die wichtigen Themen der Agenda an. Fragt sich nur, wie diese dann ausgestaltet werden. Das Ganze wird bestimmt zu Diskussionen führen, vor allem im Bereich der **AHV**. Aber das ist gut, es soll ja durchaus auch zu Diskussionen kommen.»

PETER FRICK
STV. VU-ABGEORDNETER

Erbprinz Alois: «Ein neues Investitionspaket ist durchaus realistisch»

Interview Das «Volksblatt» hat Erbprinz Alois nach seiner Ansprache im Landtag noch zum Gespräch getroffen – und dabei die Inhalte seiner Rede vertieft betrachtet.

VON HANNES MATT

«Volksblatt»: Durchläucht, Sie sagen, dass zur Sicherung der **AHV** ein höheres **Rentenalter** in Betracht gezogen werden sollte. Für die FBP kommt dies momentan jedoch nicht infrage. Ärgert Sie das?

Erbprinz Alois: Ich habe eine kurzfristige Erhöhung des **Rentenalters** in meiner Ansprache ja nicht als unmittelbarer Teil der Lösung gefordert, sondern bloss darauf hingewiesen, dass wenn die Menschen immer älter werden, das Ganze irgendwann nicht mehr aufgeht. Das ist ja selbst einem Volksschüler einleuchtend. Weil uns ja nicht nur die höhere Lebenserwartung, sondern auch der Geburtenrückgang zu schaffen macht, sind Anpassungen am **Rentenalter** irgendwann unausweichlich. Hier lautet mein Vorschlag, dies nicht alle paar Jahre mit einem für die Bevölkerung sehr unangenehmen Sprung, sondern mittels Automatismus anzugehen. Dies würde uns vieles erleichtern und wäre gerechter für alle Generationen.

Sie haben in Ihrer Rede gleich mehrere Investitionsfelder erwähnt. Wünschen Sie sich nicht zu viel für das letzte Jahr der Legislatur?

Nach dem Investitionspaket der Koalitionspartner im 2019 erachte ich ein neues im jetzigen Jahr als durchaus realistisch. Dabei hoffe ich insbesondere auf Fortschritte beim Thema «Familie und Beruf» – sodass zwei berufstätigen Eltern erleichtert wird, sich im ersten Lebensjahr ihrer Kinder um sie zu kümmern. Hingegen werden wir beim Thema Pflegeversicherung in diesem Jahr wohl erst die Diskussion führen. Hier erwarte ich noch nicht, dass es 2020 eine abschliessende Entscheidung zu einem Modell geben wird.

Als wünschenswert erachten Sie auch Ausgaben bezüglich Verkehr. Sprechen Sie dabei die S-Bahn an? Sobald man sich mit Österreich einigt, wird die S-Bahn FL-A-CH sicherlich ein Element der Infrastrukturinvestitionen sein. Ich finde jedoch, dass ein erfolgreiches Mobilitätskonzept nicht nur auf der S-Bahn aufbaut. Es muss umfassend, durchdacht und gut abgestimmt sein, das beispielsweise auch die Verbindungen von den Bahnstationen zu den Arbeitsplätzen sicherstellt.

Der Bildung haben Sie ebenfalls hohe Ausgabenpriorität zugesprochen. Im letzten Jahr hat sich das Land ja

schon neue Schulgebäude geleistet. Was darfs im 2020 sein? Der Bildungsbereich ist finanziell bereits gut ausgestattet. Ich könnte mir aber noch Mehrausgaben in den Bereichen Weiterbildung oder der Berufsbildung vorstellen.

Sie haben zum Schluss Ihrer Rede noch den harschen Umgangston in den Sozialen Medien erwähnt. War dies im vergangenen Jahr in Liechtenstein ein Problem?

Diese Entwicklung ist vor allem international zu beobachten. Generell erleichtern die Neuen Medien viel und bieten in mehrfacher Hinsicht erfreuliche Errungenschaften. Aber es gibt auch Nachteile – nur um die Stichworte «Hass-Postings» oder «Fake News» zu nennen. Wir müssen – gerade in einer kleinen Gemeinschaft wie Liechtenstein – besonders darauf achten, dass wir Argumente sachlich austauschen.

Ist dies auch Ihr Wunsch für den Wahlkampf, der in diesem Jahr früher oder später anlaufen wird?

Ja. Wie der Landtagspräsident wünsche ich mir, dass der Wahlkampf fair geführt wird. Schliesslich sollte man nach den Wahlen noch zusammenarbeiten können. Und wer weiss: Vielleicht kommt im Wahlkampf ja auch die eine oder andere gute Idee zur positiven Zukunftsgestaltung auf den Tisch.



Alterspräsident Albert Frick: «Das bisher Erreichte darf sich sehen lassen»

Ansprache Alterspräsident Albert Frick zeigt sich zufrieden mit dem vergangenen Jahr, politische Arbeit höre jedoch nie auf. Er wünscht sich, dass die Parteipolitik etwas in den Hintergrund tritt, damit die Politik wieder mehr Vertrauen genießt.

VON DANIELA FRITZ

«Der Start in das vierte Jahrhundert des Fürstentums Liechtenstein soll vielversprechend gelingen», erhoffte sich Alterspräsident Albert Frick in seiner Rede. Das bedeutet für ihn auch, dass der Wahlkampf in diesem Jahr nicht zu sehr in den Vordergrund rückt. «Wir wurden gewählt, um als Vertreter des Volkes vier Jahre unser Bestes zu geben. Das soll auch im letzten Jahr dieser Legislaturperiode unser Handeln bestimmen», mahnte Frick. Der Alterspräsident verwies auf eine Umfrage der Stiftung für Ordnungspolitik und Staatsrecht, wonach zwar das politische System und allen voran der Erbprinz hohes Vertrauen der Bevölkerung genießt, weniger aber die Parteien. «Politik genießt mehr Vertrauen, wenn sie nicht primär als Parteipolitik wahrgenommen wird», erinnerte der Alterspräsident.

Wichtige Investitionen getätigt

Mit Blick auf die bereits geleistete Arbeit zeigte er sich jedoch optimistisch, dass das Hohe Haus das Land auch in diesem letzten Jahr der Legislaturperiode voranbringen wird. «Das bisher Erreichte darf sich sehen lassen», verwies Frick auf Finanzbeschlüsse für «bedeutende Bauvorhaben, die unser Land verändern und weiterbringen werden». Hier ist sicher der Verpflichtungskredit in

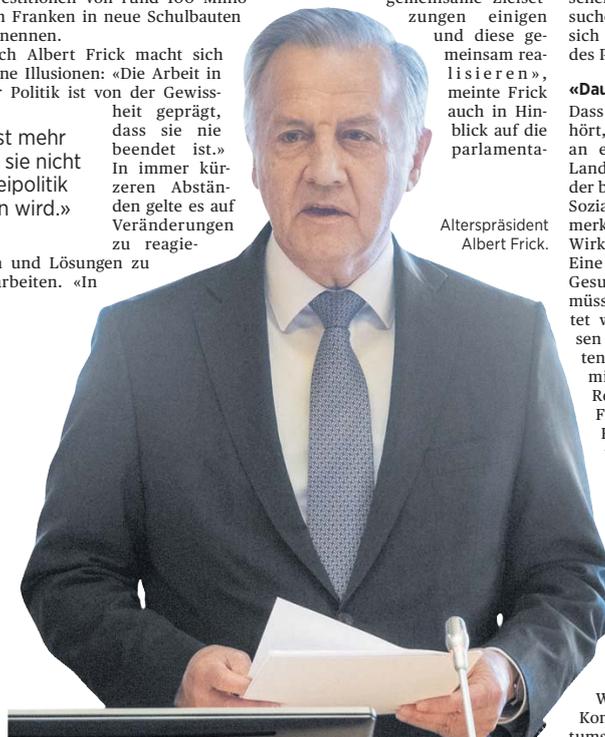
Höhe von 65,6 Millionen Franken für das Landesspital oder auch die Investitionen von rund 100 Millionen Franken in neue Schulbauten zu nennen.

Doch Albert Frick macht sich keine Illusionen: «Die Arbeit in der Politik ist von der Gewissheit geprägt, dass sie nie beendet ist.» In immer kürzeren Abständen gelte es auf Veränderungen zu reagieren und Lösungen zu erarbeiten. «In

einigen wichtigen Themen sollten wir uns im Interesse des Landes auf gemeinsame Zielsetzungen einigen und diese gemeinsam realisieren», meinte Frick auch in Hinblick auf die parlamentarischen Vorstösse, mit denen die Abgeordneten auch selbst den politischen Fortschritt anzukurbeln versuchen. Nichtsdestotrotz handle es sich um wesentliche Instrumente des Parlaments.

«Dauerbrenner» im Parlament

Dass die politische Arbeit nie aufhört, zeigte Frick auch exemplarisch an einigen Themen auf, die den Landtag in seinen Augen immer wieder beschäftigen werden. So sei den Sozialwerken weiterhin höchste Aufmerksamkeit zu schenken, um ihre Wirksamkeit verlässlich zu sichern. Eine bezahlbare und hochstehende Gesundheitsversorgung im Lande müsse ebenso weiterhin gewährleistet werden. Auch das Bildungswesen als wichtigste Ressource Liechtensteins sei permanent zu optimieren, um auf unsere wichtigste Ressource zählen zu können. Frick hofft zudem, dass die Raum- und Verkehrsplanung «in visionärer Weise» vorangebracht werden kann. «Die Förderung von Lebensqualität im Lande muss unterstützt werden, insbesondere durch innovative Umweltschutzmassnahmen, aber auch durch durchdachte Kultur-, Sport- und Freizeitangebote», so Frick weiter. Schliesslich seien auch ausserpolitisch die Weichen zu stellen, um in einer sich rasch verändernden Welt die Eigenstaatlichkeit und Konkurrenzfähigkeit des Fürstentums abzusichern.



Wie hat Ihnen die Thronrede gefallen?



«Die Rede gefiel mir sehr gut, weil sie Elemente wie Stabilität enthielt oder den Staatshaushalt als sensibles Pflänzchen beschrieb. Auch sprachen mir seine aufgeführten, sozialen Kernpunkte aus dem Herzen.»

DANIEL OEHRY
FBP-FRAKTIONSSPRECHER



«Ich fand es gut, dass der Erbprinz die Haushaltsdisziplin im Wahljahr angemahnt sowie in Erinnerung gerufen hat, dass man für grössere Investitionen auch auf die hohen Staatsreserven zurückgreifen dürfe.»

HARRY QUADERER
DU-ABGEORDNETER



«Mir gefielen beide Ansprachen. Ich fand es gut, dass der Erbprinz die Koalitionspartner dazu aufrief, sich nicht nur auf den anstehenden Wahlkampf, sondern vor allem auch auf die wichtige Agenda zu konzentrieren.»

GÜNTER VOGT
VU-FRAKTIONSSPRECHER



«Die Vorsätze des Erbprinzen bezüglich AHV konnte ich nicht ganz nachvollziehen. Da gibt es bestimmt noch andere Möglichkeiten als die Anpassung des Alters an die Lebenserwartung. Beim Finanzausgleich zwischen Gemeinden und Land unterstütze ich ihn aber sehr. Allerdings fehlten mir die Themen Klimawandel und Digitalisierung von der Arbeitswelt.»

GEORG KAUFMANN
FL-FRAKTIONSSPRECHER